

■ ■ ■ Pressemitteilung

Familienorganisationen im Bund und in den Ländern drängen auf Beschluss zum Rechtsanspruch für eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung im Grundschulalter

Kontakt:
Sven Iversen
030 2902825-70
iversen@ag-familie.de

Berlin, 10. Februar 2021 – Arbeitsgemeinschaften der Familienorganisationen im Bund und in den Ländern rufen in einem gemeinsamen offenen Brief zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter auf. Sie fordern die Bundes- und Landesregierungen dringend auf, die zurzeit stattfindenden Verhandlungen über einen solchen Rechtsanspruch zeitnah erfolgreich abzuschließen und den Rechtsanspruch in dieser Legislaturperiode des Bundes zu verabschieden.

Die Familienorganisationen sehen die Einführung des Rechtsanspruchs auf eine gute Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter durch die stockenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern stark gefährdet. Sollten die durch Partikularinteressen von Landesregierungen oder einem mangelnden Entgegenkommen der Bundesregierung bei der Finanzierung der laufenden Kosten der Ganztagsbetreuung scheitern, würde die Chance vertan werden, diesen notwendigen Baustein der Betreuung flächendeckend für alle Familien in Deutschland aufzubauen. Die Verbände betonen, dass die Familien kein Verständnis dafür hätten, wenn sich Bundesregierung und die Landesregierungen nun nicht über die im Koalitionsvertrag beschlossene Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter einigen könnten.

Zugleich weist der Brief auf die Bedeutung des Rechtsanspruchs für mehr Bildungsgerechtigkeit für Kinder aus Familien mit unterschiedlichen Bildungsressourcen und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hin. Daher fordern die Verbände Bundes- und Landesregierungen zum sofortigen Handeln auf: „Bringen Sie ihre Verhandlungen zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung mit hoher Qualität für Kinder im Grundschulalter unverzüglich zu einem erfolgreichen Abschluss. Gestalten Sie dabei den Anspruch dauerhaft mit inhaltlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, die eine hohe Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungs-Qualität gewährleisten.“

2.107 Zeichen (mit Leerzeichen)

Folgeseiten:

- Hintergrund: Zusammenschlüsse der Familienorganisationen auf Bundes- und Landesebene
- Offener Brief an die Bundes- und Landesregierungen



Hintergrund:

Die Zusammenschlüsse der Familienorganisationen auf Bundes- und Landesebene

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) ist der bundesweite Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Analog zur Bundesebene gibt es in den meisten Bundesländern Zusammenschlüsse der jeweiligen Landesverbände der Familienorganisationen, die von der Bundes-AGF strukturell unabhängig sind. Somit unterscheiden sich häufig auch die jeweiligen Zusammensetzungen und die Namen der Zusammenschlüsse.

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die Zusammenschlüsse der Familienorganisationen auf Bundes- und Landesebene formulieren die gemeinsamen Anliegen ihrer jeweiligen Mitgliedsverbände und sind mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leisten politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördern auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik.



Berlin, 09. Februar 2021

Offener Brief an die Bundesregierung und die Regierungen der Länder:

Rechtsanspruch auf eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung im Grundschulalter beschließen!

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen,

die Familienorganisationen im Bund und in den Ländern sehen die Einführung des für Familien so wichtigen Rechtsanspruchs auf eine gute Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter durch die stockenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern stark gefährdet. Sollten die durch Partikularinteressen von Landesregierungen oder einem mangelnden Entgegenkommen der Bundesregierung bei der Finanzierung der laufenden Kosten der Ganztagsbetreuung scheitern, würde die Chance vertan werden, diesen notwendigen Baustein der Betreuung flächendeckend für alle Familien in Deutschland aufzubauen.

Die Erfahrungen der Familien im Jahr 2020 und auch aktuell sind, dass die Aufrechterhaltung der Beschulung und Betreuung weitgehend auf ihren Schultern liegen. Dadurch wurde und wird die große Bedeutung einer qualitativ hohen Ganztagsbetreuung in Kita und Grundschule noch einmal deutlich sichtbar. Gleichzeitig haben die Familien erlebt, dass bei den Unterstützungsmaßnahmen enorm hohe finanzielle Mittel für Maßnahmen mobilisiert wurden, die voraussichtlich deutlich weniger nachhaltig wirken als Investitionen in Bildung und eine qualitativ gute Ganztagsbetreuung.

Familien haben vor diesem Hintergrund kein Verständnis dafür, wenn sich Bundesregierung und die Landesregierungen nun nicht über die im Koalitionsvertrag beschlossene Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter einigen könnten.

Gemeinsam fordern die Arbeitsgemeinschaft der dt. Familienorganisationen im Bund sowie die Landesarbeitsgemeinschaften der Familienorganisationen die Bundes- und Länderregierungen dringend auf:

- Bringen Sie ihre Verhandlungen zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung mit hoher Qualität für Kinder im Grundschulalter unverzüglich zu einem erfolgreichen Abschluss.
- Gestalten Sie dabei den Anspruch dauerhaft mit inhaltlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, die eine hohe Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungs-Qualität gewährleistet.

Schaffen Sie dadurch mehr Bildungsgerechtigkeit für Kinder aus Familien mit unterschiedlichen Bildungsressourcen und erleichtern Sie damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Bundes- und Landeszusammenschlüsse der Familienorganisationen